

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

„Kaum geraten wir FREIE WÄHLER bei unserer Klausurtagung direkt vor Ministerpräsident Seehofers Haustür in ein riesiges Funkloch und es steht in allen Zeitungen, kommt die CSU mit einem Dringlichkeitsantrag zum Förderprogramm Mobilfunk an – leider viel zu spät und unzureichend“, so argumentierte ich als stellvertretender Vorsitzender und wirtschaftspolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion. Wir setzen uns seit Jahren für entsprechende Förderprogramme ein – vor allem im strukturschwachen ländlichen Raum. Denn hier geht es um gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern – das ist Daseinsvorsorge und somit Aufgabe des Staates!



Für dünnbesiedelte Gebiete, in denen der Ausbau für die Netzbetreiber unwirtschaftlich und nicht vertraglich festgelegt ist, soll es nach Planungen der Staatsregierung ein staatliches Programm geben – mit bis zu 80 Prozent Förderung vom Freistaat. Wir FREIEN WÄHLER begrüßen dies grundsätzlich. Im Gegensatz zur CSU wollen wir jedoch sicherstellen, dass der Freistaat die Lücken im Mobilfunknetz in eigener Regie durchführt. Mit 100 Prozent staatlichen Mitteln und nicht zu 20 Prozent abgeschoben auf die Kommunen.

Den Kommunen im ländlichen Raum dürften auch keine weiteren finanziellen und bürokratischen Lasten zugemutet werden. Ein Vorschlag der CSU, Gemeinden sollten selbst Mobilfunkmasten betreiben und vermieten, um die Finanzierungslücke zu schließen, ist unzumutbar und abwegig. Es stellt sich die Frage: Was sollen Bayerns Bürgermeisterinnen und Bürgermeister eigentlich noch alles organisieren? Es reicht doch, dass sie schon den Breitbandausbau stemmen.

R ü c k b l i c k

„**Familie, Bürger, Kommune: Verantwortung beginnt vor Ort**“ – so lautete das Motto unseres Neujahrsempfangs vergangenen Freitag im Bayerischen Landtag. Sage und schreibe 650 Gäste aus ganz Deutschland waren in das Maximilianeum gekommen, um unseren engagierten Rednern Hubert Aiwanger und Florian Streibl zuzuhören. Eines wurde schnell deutlich: Wir FREIEN WÄHLER haben die richtigen Ideen, um Bayern weiter voranzubringen. Hierzu zählen wir die Abschaffung der Studiengebühren, eine Rückkehr zum G9, die Verankerung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Bayerischen Verfassung – und mit unserer Initiative zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge konnten wir die CSU gerade erneut zu einer politischen 180-Grad-Wende zwingen. Auch die Stärkung der Inneren Sicherheit, der flächendeckende Ausbau von Breitband und Mobilfunk im Freistaat sowie eine zügige Digitalisierung des bayerischen Bildungssystems sind Themen, die wir auf die Tagesordnung der Landespolitik gesetzt haben. Wir haben aus der Opposition heraus mehr erreicht als die FDP in fünf Jahren Koalition mit der CSU. Was mag erst kommen, wenn wir FREIEN WÄHLER in Bayern mitregieren?

Die Erfassung der Ultrafeinstaubbelastung an amtlichen Messstellen in Bayern – das forderten wir am Donnerstag mit unserem Antrag „**Strategie für Ultrafeinstaub-Monitoring beim Luftverkehr entwickeln**“ im Landtag. Doch die CSU-Mehrheit im Umweltausschuss stimmte gegen das Monitoring-Konzept. Die Christsozialen verschließen völlig die Augen vor diesem immer drängenderen Umweltproblem, denn es ist sogar gut möglich, dass Ultrafeinstaub noch belastender ist als übermäßiger Lärm. Gerade deshalb wäre es so wichtig, dass Bayern bei der Erforschung des Umweltgiftes eine Vorreiterrolle spielt. Voraussetzung dafür wären medizinische Studien zur Langzeitwirkung – dafür fehlt jedoch die Datengrundlage. Nach Ansicht der FREIEN WÄHLER sollten Messungen in der Umgebung von Flughäfen Bestandteil der Monitoring-Strategie sein. Internationale Studien zeigen, dass Flughäfen Brennpunkte der Ultrafeinstaub-Belastung sind. Aber auch das interessiert die CSU nicht, sonst hätte sie unserem Antrag zugestimmt und würde sich nicht weiterhin für den Bau einer dritten Startbahn am Flughafen München stark machen.

Auf die steigenden Schülerzahlen reagiert das Kultusministerium im laufenden Schuljahr mit über 4.300 neuen Lehrkräften, davon 1.700 für die Grundschulen. Wir FREIE WÄHLER sind froh, dass das Kultusministerium endlich das Problem des **Personalmangels bei Lehrkräften** erkannt hat.

Allerdings scheint dieses Vorhaben völlig ungeeignet, um den Missstand zu beseitigen. Mit der Entscheidung, für arbeitslose Realschul- und Gymnasiallehrkräfte einen finanziellen Anreiz zu schaffen, wenn sie sich an einer Grund- oder Mittelschule weiterqualifizieren, wird de facto eine Zweiklassengesellschaft bei Mittelschul- und Gymnasiallehrern eingeführt. Es kann nicht sein, dass die gleiche Tätigkeit unterschiedlich bezahlt wird. Das Kultusministerium will mit der kurzfristigen Maßnahme nur sein schlechtes Personalmanagement kaschieren, anstelle endlich langfristig und mit Umsicht zu planen.

Union und SPD haben sich im Rahmen der GroKo-Verhandlungen bei der Pflege geeinigt. Doch es ist aberwitzig, wenn CSU, CDU und SPD glauben, die Misere bundesweit mit **lediglich 8.000 zusätzlichen Pflegekräften** beenden zu können. Seit Jahren ist der Pflegenotstand bekannt und längst in jeder Einrichtung spürbar. Ein Soforthilfeprogramm ist dringend notwendig – und wurde auch von uns FREIEN WÄHLERN bereits gefordert. Rein rechnerisch würden auf Bayern etwa 500 zusätzliche Stellen entfallen – das ist nichts weiter als ein Tropfen auf dem heißen Stein bei derzeit über 100.000 Pflegekräften im Freistaat. Der hanebüchene Vorschlag scheitert auch an seiner Umsetzbarkeit: Ausgebildete Pflegekräfte stehen in dieser Anzahl überhaupt nicht zur Verfügung, sondern müssten erst in einer dreijährigen Ausbildung zum Pflegeberuf befähigt werden. Wir FREIE WÄHLER fordern seit Jahren, die Situation in der Pflege zu verbessern – doch die CSU schmettert unsere Anträge mit schöner Regelmäßigkeit ab. Jetzt steht sie vor dem Scherbenhaufen ihrer verfehlten Politik – und glaubt, mit einem Handfeger für Ordnung sorgen zu können.

Smartphones sind mittlerweile fester Bestandteil unseres Alltags. Doch sie sind nicht überall erlaubt: An bayerischen Schulen sind Mobiltelefone bisher gesetzlich verboten, Ausnahmen gibt es nur in Einzelfällen. Das könnte sich bald ändern. Wir FREIE WÄHLER befürworten das Einlenken der CSU-Landtagsfraktion: Dass eine **Smartphone-Nutzung an Schulen** nicht völlig unkontrolliert funktionieren wird und man nicht alles im Schulalltag digitalisieren darf, erklärt sich von selbst. Gleichzeitig sollte dies jedoch nicht immer wieder als Ausrede dafür benutzt werden, um hinsichtlich des digitalen Wandels an den Schulen gar nichts zu unternehmen. Denn sich allem zu verschließen und Smartphones aus dem schulischen Leben zu verbannen, steht in völligem Widerspruch zur heutigen Lebenswirklichkeit, die nicht nur Schülerinnen und Schüler, sondern auch jeden Erwachsenen umgibt.

Vorschau

Liebe Leserinnen und Leser,

die Nachfragen und der Ansturm zur Leistung der Unterschriften in der Bevölkerung sind sehr groß. Es wurden zwischenzeitlich 30.000 Unterschriftenlisten versandt. Für die Sammlung und Einreichung der Unterschriften gibt es kein Enddatum - unser Ziel ist es, 1 Mio. Unterschriften zu sammeln.

Die öffentliche Wahrnehmung ist immens und wir finden auch parteiübergreifend starke Unterstützung. Das bestätigt unsere politische Arbeit und hilft uns, unser Profil vor Ort zu formen und unsere Bürgernähe zu zeigen.

Die Freien Wähler sind bekannt dafür, für Volksbegehren und -entscheide auf die Straße zu gehen, Gespräche und Diskussionen vor Ort zu führen und die Bürgerinteressen weiter zu tragen. Bürgernähe war schon immer die Stärke der Freien Wähler.

Setzen Sie auch in Ihrer Kommune Zeichen und unterstützen Sie mit Infoständen vor Ort! Gerade mit diesem Thema können wir uns bei den Bürgern profilieren und ihnen zeigen, dass wir ihre Interessen vertreten.

Impressum

Thorsten Glauber, MdL
Klosterstraße 10
91301 Forchheim

Tel. 09191/6219735
Fax 09191/6219736
thorsten.glauber@fw-landtag.de
www.thorsten-glauber.de